

deren. Die weitere bündliche Unterwerfung und die weitere Erhöhung der Regierung Brüning beschlossen. Dort wird die Nationalsozialistische Politik mit einigen demagogischen Phrasen „bekämpft“ und im Grunde kein Wort geagt zu den Abwehr- und Angrikolläusen der breitesten Volksmehrheit, die heute dringend Hugo Heunemann, Karmap, Ohmann des Fabrikarbeiterverbandes der denn je notwendig sind. Dort wird abgesehen von einigen logischen Phrasen, die nichts anderes sind als Wandschei, um die Massen vom proletarischen Klassenkampf abzuhalten, die Politik des Vaterschutzes, die Aufgabe des Gewerkschaftskampfs gebilligt.

Die Stimmung gegen die Machthaber und ihre Partei hat in Wolf eine Siegesstimmung erzeugt. Die Stimmung in den Gewerkschaften treibt immer stelltere Teile der Mitgliedschaft in die Opposition. Wir unterscheiden keinen in Opposition zu unseren Führern. Wir sehen, daß die Politik und Taktik der Revolutionären Gewerkschaftsopposition die einzige Plattform der arbeitenden Massen und der Erwerbslosen sein kann. Wir sehen, daß die familiengesetzten Mitglieder in unseren Gewerkschaften in einem engen Bündnis mit den zum Kampf gewillten Mitgliedern der KPD und den bestehenden roten Klassenverbänden zusammen müssen.

Wir wollen allen, die diesen Aufruf lesen, jedoch nicht nur unsere Meinung sagen, nein, weit mehr. Die heutige Situation verlangt taaträtsliches Handeln.

Unterzeichnet ist der Aufruf u. a. von:

Hugo Heunemann, Karmap, Obmann des Fabrikarbeiterverbandes, Bezirk Karmap, Zahlstelle Elsen. — Adolf Dellmann, Ullrich, 1. Vors. v. SVD-Mitglied. — Bernhard Grem, Elsen, Christl. Baugewerkschaft. — Julius Abach, Oberhausen, DAW. — Georg Stachowski, Mülheim/Ruhr, Hirsh-Dünker, Fabrikarbeiter. — Friederich Kohle, Recklinghausen S. Einheitsverband der Eisenbahnarbeiter, Arbeiterschaftssoz. — Wilhelm Bester, Herren-Werke, Düsseldorf. — Anton Blisch, Elsen, Welt, Baugewerkschaft. — Karl Koschowski, Recklinghausen, Zentralverband der Jägermeister. — Arno Wolf, Elsen, Christl. Metallarbeiterverband. — Gottlieb Binder, Duisburg, Heizer und Maschinenarbeiterverband. — August Pröhle, Dortmund, Christl. Metallarbeiterverband. — Gottlieb Mayr, Elsen, Christl. Baugewerkschaft. — Paul Schulz, Witten, Baugewerkschaft, u. SVD-Mitglied. — Frau Grempl, Bielefeld, Deutschen Textilarbeiterverband, Bettlehrerin. — Johann Kastenwitz, Dortmund, Christl. Bauarbeiterverband. — Walter Kiel, Dortmund, Bettlehrer.

Sjugendtag in Dresden verboten

Verbot der für morgen geplanten Kundgebung und Sportveranstaltungen

Das Dresdner Polizeipräsidium hat in einem Schreiben des Regierungspräsidenten Dr. Pöthenhauer an die Bezirksleitung des RVD die Veranstaltungen, Aufmärsche und Versammlungen zum 17. Internationalen Jugendtag verboten. Die Begründung dieses Verbotes zeigt, daß lediglich konstruierte Verurteilungen angeführt werden, wie folgendes Schreiben zeigt:

„An den Kommunistischen Jugendverband Deutschlands

Bezirk Sachsen

Dresden, Konradstraße 48.

Nach Ankündigung in der diesigen Arbeitsstimme soll in den Tagen vom 23. August bis 5. September d. J. hier vom Kommunistischen Jugendverband Deutschlands, Bezirk Sachsen, ein sogenannter 17. Internationaler Jugendtag abgehalten werden.

Die verschiedenen anlässlich dieses Jugendtages geplanten Veranstaltungen (s. Anlage), auch die mit Schreiben der Kampfgemeinschaft für rote Sportlichkeit vom 17. d. M. die Freitags den 4. September 1931 angemeldete Jugendgruppe verboten werden hiermit verboten, da nach den Umständen zu befürchten ist, daß dadurch die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet wird. (§ 1 Abs. 1 Ziffer 4 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. 3. 31, Reichsgesetzblatt I Seite 29).

Polizeipräsidium Abteilung B

ges. Pöthenhauer.“

Es ist nicht schwer zu erkennen, weshalb der RVD gehoben werden soll. Die SVD-Mitglieder laufen in hellen Scharen den sozialfascistischen Boxen davon, die Hitlerjugend, belogen und betrogen von ihren Führern, hört in immer größerer Zahl ins rote Klassenzimmer. Die Massen der jungen Sportler, die Jugend aus allen Lagern, sowohl sie kompromittiert, die aktiver und mutigeren Elemente, sichern sich um den kommunistischen Jugendverband. Der RVD ist die einzige Hoffnung, der einzige Führer der durch das youngdeutsche Regime gejagten, gemarterten und gequälten werktätigen Jugend. Mit dem RVD wird die Jugend um ihre Befreiung kämpfen und alle Fesseln, der Tradition, der materiellen und ideellen Knebelung eines noch so dardurcch Terror prangen, um ihre ganze Kraft frei zu entfalten für den Sozialismus, die Befreiung aller Werktätigen vom barbarischen Kapitalismus.

Die Arbeitersassen werden aber ihre Jugend verteidigen gegen die Bourgeoisie, gegen die verräderlichen SPD-Führer und die faschistischen Nazi-Volksräte. Es gibt doch keinen besseren Beweis dafür, wie die herrschende Klasse vor der Jugend unter Führung des RVD zieht, wie die fortgelegten Verbot, Entfachung des Protestklimas der ganzen Klasse in allen Betrieben, Büros und den Dienststellen gegen den Berberatsrat, Werb unter den Jugendlichen und Vorbildung Mitgliedes für den RVD. Die Antwort der Werktätigen muß sein: Bildung von Jungen des Kommunistischen Jugendverbandes in allen Betrieben und Büros. Alle Kräfte der Massenbewegten Arbeiters zur Massenwerbung für unsere Jugend eingepanzt.

In einer Betriebsgruppen-Erwerbslosenversammlung, die gestern in Mühlau stattfand, wurde stammender Protest gegen den Verbot des internationalen Jugendtages in Dresden erhoben.

Eine Erwerbslosenversammlung in Radebeul protestiert auf das Schärfste in einer Resolution, in der es u. a. heißt:

„Die Versammelten protestieren auf schärfste gegen den Verbot der Polizei am 17. 8. 31 auf das Büro der RVD und aller überparteilichen Organisationen in Dresden. Sie fordern die sofortige Freilassung der bei diesem Überfall verhafteten revolutionären Klassenkämpfer.“

Die versammelten Erwerbslosen erklären sich mit den um ihre Existenz kämpfenden Städte- und Gemeindearbeiter solidarisch und geloben alle Kräfte einzulegen, um den Vorstoß der Reaction zu verhindern.

Allen noch Arbeitssuchenden rufen die Versammelten zu:

Schluß mit der Verratspolitik der SPD! Hinaus mit der Sudetensiedlung! Deine Gesellschaft aus den Wohnungen der Proletarier! Reicht euch ein in die rote Klassenzentrale! Werdet Mitglied der Kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition! Gest die Arbeitersstimme und das Volksrecht!“

Eine Kleinbäuerin schreibt

(Kleinbäuerinnenkorrespondenz 1896)

Die meisten Deute, die landwirtschaftliche Erzeugnisse verzehren, ohne nicht, unter welch primitiver Arbeitsteilung diese hergestellt werden. Dies gilt besonders für die Kleinbauern, die sich keine modernen Maschinen und Arbeitsgeräte anhaften können. Oft ist der Kleinbauer gewohnt, nebenbei Lohnarbeit irgendwelcher Art zu verrichten. Die Frau ist nun darauf angewiesen, neben ihrer Haushaltarbeit die schwere Feldarbeit zu verrichten, z. B. säen, mähen, pflügen usw. Von früh 5 Uhr

Bist du ein Revolutionär?

Dann mußt du verstehen, welche Bedeutung die ab 13. September erscheinende kommunistische Wochenzeitung, Ostsächsisches Volksecho, hat! Dann mußt du in deiner Zelle bzw. Ortsguppe auf die Organisierung einer solortigen neuen systematischen Werbung dringen! Dann mußt du selber mit größtem Eifer werben und alle anderen mitnehmen!

Das Ost-sächsische Volksecho als eine wichtige Waffe zur Errreichung unserer Zielen

Der dantische Ministerrat will den Haushalt im Jahr 1932 und schärfere Sparmaßnahmen beschließen. Diese Maßnahmen werden im Laufe der Woche als Notverordnungen beschlossen werden. Man verfügt also wieder nach dem bekannten Rhythmus an den sozialen Abgaben zu sparen und um Erlöse hinzuzufügen.

Der dantische Ministerrat will den Haushalt im Jahr 1932 und schärfere Sparmaßnahmen beschließen. Diese Maßnahmen werden im Laufe der Woche als Notverordnungen beschließen werden. Man verfügt also wieder nach dem bekannten Rhythmus an den sozialen Abgaben zu sparen und um Erlöse hinzuzufügen.

Bahnen erobern den neuen Hungerangriff

München, 28. August (Eig. Nachr.)

Der dantische Ministerrat will den Haushalt im Jahr 1932 und schärfere Sparmaßnahmen beschließen. Diese Maßnahmen werden im Laufe der Woche als Notverordnungen beschließen werden. Man verfügt also wieder nach dem bekannten Rhythmus an den sozialen Abgaben zu sparen und um Erlöse hinzuzufügen.

Kein Terror, keine noch so extreme Verfolgung kann die Arbeiters vom Kampf unter revolutionärer Führung fernhalten. Die Arbeiters führt im Gegenteil immer leichter ins die RPD.

Keine Landtagsitzung in Preußen

Immer neue Ausschüsse derer, die die Abrechnung machen

Die hinter der Preußenregierung liegenden Parteien haben jetzt einen neuen Druck gefunden, um sich von der Einberufung des Landtages zu drücken. Sie erklären, daß der kommende Antrag als besonderer Antrag angesehen werde, weil er ein anderes Begründung habe als der Antrag der Röhrle. Dieser Antrag für sich habe aber nicht die erforderliche Mehrheit von 90 Stimmen hinter sich.

Die RPD marschiert

In Boizenburg (Mecklenburg) fand am Sonntag die Wahl des Bürgermeisters statt. Der kommunistische Kandidat, Genosse Alzendorfer, erhielt 884 Stimmen, gegen 125 Stimmen bei der Stadtverordnetenwahl im November 1930. SPD und bürgerliche Mitte bildeten einen Wahlbund, der 125 Stimmen erhielt, gegenüber 1087 bei der letzten Stadtratswahl. Die Rechtsparteien erhielten 1811 Stimmen, während sie bei der letzten Stadtratswahl 1930 1811 Stimmen zu verzeichnen hatten.

Die RPD hat also nicht nur als einzige Partei einen Zusammenschluß zu verzeichnen, sondern ist auch die einzige Partei in Boizenburg geworden.

Ghandi läuft nach London. Ghandi wird sich die meiste Zeit, um den kommenden Sonnabend nach London begibt, um an der Konferenz der englischen Regierung über die indische Frage teilzunehmen. Damit legt Ghandi seinen Besuch an dem Befreiungskampf der indischen Bevölkerung fest.

Unterredung Hugenbergs mit Brüning

Im Winter 7 Millionen Erwerbslose

Berlin, 27. Aug. (Eig. Meldung)

Heute nachmittag wird die schon lange angekündigte Unterredung des deutchnationalen Parteiführers Hugenbergs mit dem Zentrumsfunktionär Brüning stattfinden. Der Sinn dieser Unterredung kann nicht zweifelsfrei sein und ist durch eine kleine Diskussion zwischen dem Berliner Tagesschlag und der Germania noch unterschieden worden. Das demokratische Berliner Tagesschlag hatte behauptet, daß Brüning in seiner Stuttgart Rede vor der Zentrumskoalition erklärt habe, er wolle sein Kabinett weichen nach rechts noch nach links erweitern. Diese Behauptung wird von der zentralistischen Germania ganz entschieden bestreitet. Damit gibt die Germania zu, daß Brüning eine Entwicklung seines Kabinetts bestrebt.

Brüning hat sich gegenüber dem Berliner Vertreter der United Press über die Lage geäußert. Als der Korrespondent von Germania erinnerte, daß Wehrminister Groener im Reichstag vor geschlagen habe, bis 1938 sechs und bis 1940 zwei weitere Panzerdivisionen aufzustellen, so antwortete Brüning, daß Brüning in der nächsten 100 Tagen die Zahl der Erwerbslosen auf 7 Millionen liegen werde. „Für Deutschland und die ganze Welt wird dieser Winter sehr schlimm“

Düsseldorf, 26. Aug. (Eig. Meldung)

Heute morgen fand eine Belegschaftsversammlung bei in Düsseldorf statt, die gegen die Röhrle- und Weizsäcker im Hafendenkmal am Sonnabend nach Düsseldorf begibt, um an der Konferenz der englischen Regierung über die indische Frage teilzunehmen. Damit legt Ghandi seinen Besuch an dem Befreiungskampf der indischen Bevölkerung fest.

Urteilt selbst, SPD-Arbeiter!

Wie frech die Volkszeitung betrügt

Das Parlament wird ausgeschaltet / Es lebe der „Kampf“ im Parlament...

Das Dresdner SPD-Klatt von gestern schreibt in der Spaltenmeldung auf der ersten Seite über die neue Artikel 1932 Verordnung wörtlich folgendes:

„Durch diese Verordnung werden praktisch den Landesregierungen diktatorische Befugnisse gegeben, die ungeheuer weit gehen.“

Ohne daß die Regierungen die Parlamente zu fragen brauchen, können sie sich über alle landesgeleblichen Bestimmungen hinweggleiten....

Das Parlament hat nur die Möglichkeit, die Landesregierung zu kritisieren, wenn ihm ihr Vorgehen nicht gefällt. „...“

Sachsen, die Regierung bereits zurückgetreten und nur als sogenannte geschäftsführende Regierung weiter tätig, so dass sie

Parlament gegen die Regierung überhaupt nichts machen

solange es nicht instande ist, eine neue Regierung zu bilden. Das ist bekanntlich in Sachsen vorläufig nicht möglich.

Nach der Verordnung können z. B. die Landesregierungen der Bürgermeister und Magistraten das Recht geben, Schule, Beamten, ohne Zustimmung der Stadtvertretung herabzulegen, Schulen oder andere städtische Institutionen zu schließen. So kann einzelne und vergleichbar mehr, kurz und gut, es kann auf Grund dieser Verordnung so gernlich alles gemacht werden.“

Können sich die Länder auf Grund der bevorstehenden Verordnung ohne weiteres über Tarifverträge hinweggleiten? Das

hätte fünfzig

Alles Verhandeln mit den Angestellten- und Arbeitersorganisationen keinen Sinn mehr.“

Die Gehälter und Löhne könnten von den Regierungen und Gemeindeleitern einfach diktiiert werden....

Von den Arbeitern des Landes sind die Arbeiterschaften verhindert, die Ämter zu verhindern, daß diese Verordnung die verhängnisvollen Folgen für große Teile des Volkes hat.“

Was sagt ihr, sozialdemokratische Arbeiter, zu dieser plumpen, handgreiflichen Demagogie, mit der die SPD euch betrügen will?

Anfangs gibt die Volkszeitung zu, daß nach der Rotverordnung, insbesondere in Sachsen

Das Parlament gegen die Regierung überhaupt nichts machen kann.

Um Schluss des Artikels vertritt die Volkszeitung ihre Idee so:

Die Abgeordneten „in den Parlamenten werden die äußersten Anstrengungen machen müssen!“

Die Volkszeitung, die zugibt, daß die Parlamente nichts machen können, verzögert die Werktätigen auf die Gedanken der Arbeiterschaft. Hinzu kommt, daß die Ausschaltung der Parlamente, die Durchführung des sozialistischen Diktator, die nicht mit der Rotverordnung mit ihren unglaublichen Maßnahmen, diese Brüning- und Schlechtegierung von der SPD aufs offene und offizielle gestützt und gefordert wird.

Macht Schulz mit der SPD und mit der Volkszeitung, den volksbetreuenden Sozialdemokraten Brünings und der Unter-

nehmer. Röhrt in Einsichtsort den entschiedenen außerparlamentarischen Kampf gegen Hunger und Faschismus. Keine

Arbeiterstimme und das Wochendatt „Sächsisches Volksecho“